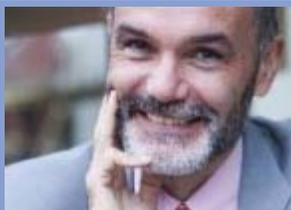




"Wir müssen die arabische Revolution als einmalige Chance sehen, die Beziehung zwischen Europa und den Mittelmeeranrainern neu zu gestalten"



Autor : Jean-Pierre Filiu

Nachdem in Tunesien die ersten demokratischen Wahlen stattfanden, veröffentlicht die Robert Schuman Stiftung in ihrer Reihe "Entretien d'Europe" ein Gespräch mit Jean-Pierre Filiu. Das Gespräch erscheint zeitgleich mit seinem aktuellen Buch, das den Titel "Die arabische Revolution, 10 Lehren aus dem demokratischen Aufstand" ("La Révolution arabe, dix leçons sur le soulèvement démocratique") trägt. In dem hier veröffentlichten Gespräch liefert Jean-Pierre Filiu eine genaue Analyse der demokratischen Aufstände, die die arabische Welt erschüttert haben.

[Fortsetzung](#)

Zusammenfassung

Neuigkeiten : Frauen - Auszeichnung - Sicherheit/Justiz - Debatte/Ideen - Christen und Europa **Wahlen** : Spanien **Finanzkrise** : Deutschland - Österreich - Rat der Europäischen Union - Eurogruppe - Frankreich - Griechenland - Ungarn - Italien - Portugal **Europäischer Rat** : Herausforderungen Europas - Schweiz **Kommission** : Wirtschaft - Gesundheit - Bulgarien/Rumänien **Parlament** : Haushalt 2012 **Diplomatie** : EU/Libyen **EU-Rechnungshof** : Jahresbericht **Deutschland** : Steuern - Nord Stream - Daimler/EADS - Europawahlen **Österreich** : China **Griechenland** : Regierung **Irland** : Neuer Präsident **Italien** : Mario Monti **Polen** : Regierung **Rumänien** : FMI **Balkan** : Flüchtlinge **Russland** : WTO **Europarat** : Romaausweisung **Eurostat** : Landwirtschaft/Fischerei - Beschäftigung **Berichte** / **Studien** : Europäisches Parlament - Verteidigung/Weimar **Kultur** : Gedenken - Ausstellung/Berlin - Ausstellung/Paris - Festival/Klausenburg - Photographien/Sofia

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Frauen und Bürgerinneninitiative



Die Stiftung Robert Schuman veröffentlicht eine Zusammenfassung des Seminars zum Thema Frauen und europäische Bürgerinneninitiative, das am 21. September im Europäischen Parlament stattfand. Zum Abschluss des Semintages, der von konstruktiven und tiefgehenden Debatten geprägt war, entschieden die Teilnehmer, eine Bürgerinneninitiative zu starten. Schon ein paar Tage nach der Konferenz wurde auf

der Seite www.femmes-europe.eu ein Bereich zur Verfügung gestellt, in dem die Frauen ihre Ideen präzisieren und diskutieren können. Die Teilnehmerinnen werden sich im Frühjahr nächsten Jahres wiedertreffen, um das Projekt der Europäischen Bürgerinneninitiative weiter voranzubringen... [Fortsetzung](#)

Nominierung der Stiftung für den Preis für europäische öffentliche Angelegenheiten



Am 9. November fand eine Auszeichnung der besten Think Tanks 2011 in Brüssel statt. Die Robert Schuman Stiftung war neben CEPS und Bruegel nominiert, wodurch ihre Arbeit zur Stärkung der Europäischen Debatte ausgezeichnet wurde... [Fortsetzung](#)

Sicherheit/Justiz



Am 15. November veranstaltet das Nationale Institut für Sicherheit und Recht (Institut national des hautes études de la sécurité et de la justice (INHESJ)) ein Seminar zum Thema "Europa der Sicherheit und des Rechts", an dem der Präsident der Robert Schuman Stiftung Jean-Dominique Giuliani teilnehmen wird... [Fortsetzung](#)

Think Tank Forum



Das 2. Think Tank Forum wird am 19. November in Paris stattfinden. 5 Monate vor der Präsidentschaftswahl wollen die 23 versammelten Think Tanks einen Beitrag zu den großen politischen Fragen leisten, die aktuell diskutiert werden. Pascale Joannin, Generaldirektorin der Robert Schuman Stiftung, wird am runden Tisch zum Thema "Überschreitung nationaler Grenzen" teilnehmen. Eine vorherige Anmeldung ist erforderlich, die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Die Konferenz wird als Livestream auf den Internetseiten der Stiftung zu sehen sein... [Fortsetzung](#)

Christen und Europa



Das "Collège des Bernardins" veranstaltet am 19. November ein Forum unter dem Titel "Herausforderungen 2012: Christen und Europa", an dem der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, teilnehmen wird. In dem Forum soll die Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und den europäischen Institutionen beleuchtet werden... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Wahlen der zwei spanischen Parlamentskammern



Die Spanier müssen am 20. November bei vorgezogenen Neuwahlen die Mitglieder der zwei Parlamentskammern neu wählen. Nach letzten Meinungsumfragen, die am 6. November veröffentlicht wurden, kommt die Volkspartei (PP) auf 46,6% der Stimmen und liegt damit weit vor der sozialistischen Partei (PSOE), die auf 29,9% der Stimmen kommt. Die Vereinigte Linke (IU) erreicht 6,17%; die Einheitspartei Kataloniens (CiU) kommt auf 3,31%; Union, Fortschritt und Demokratie (UpyD) kommt auf 2,91%; die Republikanische Linke Kataloniens (ERC) erreicht 1,23%; die nationalistische Baskenpartei (PNV) erreicht 1,17%. Der gesamte Wahlkampf dreht sich um die schlechte wirtschaftliche Lage Spaniens. Die zwei politischen Hauptakteure - Mariano Rajoy (PP) und Alfredo Perez Rubalcaba (PSOE) - lieferten sich am 7. November vor 12 Millionen Zuschauern in einem TV-Duell einen Schlagabtausch. Eine Woche vor der Wahl scheinen die Würfel gefallen. Die Frage ist nur noch, wie groß der Vorsprung der Volkspartei sein wird... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Deutschland: Bericht der 5 Wirtschaftsweisen

In ihrem am 9. November veröffentlichten Bericht sagen die fünf führenden Wirtschaftsinstitute in Deutschland (bekannt als die 5 Wirtschaftsweisen) eine Abschwächung des Wachstums in Deutschland



für das Jahr 2012 voraus. "Im Jahr 2011 wird das Wachstum noch starke 3% betragen. In 2012 wird die Konjunktur abflauen aufgrund des rückläufigen Wirtschaftswachstums weltweit; die Zunahme des BIP wird voraussichtlich nur noch 0,9% betragen". Nach Meinung der Institute "sind die Risiken diesen Herbst noch weiter angestiegen. Die Eurozone befindet sich in einem Teufelskreis zwischen Schuldenkrise und Bankenkrise". Ihre Vorhersage liegt nahe an den von der Regierung geschätzten 1% Wirtschaftswachstum für das kommende Jahr, nach 2,9% in diesem Jahr, entsprechend der letzten offiziellen Ankündigung von letztem Oktober... [Fortsetzung](#)

Österreich



Die zwei Regierungsparteien Österreichs SPÖ und ÖVP haben sich am 12. November darauf geeinigt, in die Verfassung eine sogenannte "goldene Regel" zur Schuldenbegrenzung aufzunehmen, wie der österreichische Vizekanzler Michael Spindelegger mitteilte. Spindelegger sagte, dass er sich über das Vorhaben mit dem sozialdemokratischen Kanzler Werner Faymann geeinigt habe: "Wir haben uns mit dem Kanzler auf die Festschreibung einer Schuldenbegrenzung in der Verfassung verständigt"... [Fortsetzung](#)

Wirtschaftsregierung



Die 27 Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union verabschiedeten am 8. November 6 Gesetzesvorhaben zur Stärkung der europäischen Wirtschaftsregierung, vor allem innerhalb der Eurozone. Dieses "6-Pack" ist aus einem Kompromiss mit dem Europäischen Parlament hervorgegangen, das das Projekt am 28. Oktober verabschiedet hat. Mitgliedsländer, die ein großes makroökonomisches Ungleichgewicht aufweisen und die Stabilitätskriterien nicht einhalten, müssen nunmehr mit automatischen Sanktionen rechnen, die 0,2% des BIP betragen können. Die von der Kommission vorgeschlagenen Sanktionen werden automatisch auferlegt, sofern sich nicht eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten gegen die Sanktionen ausspricht. Die betroffenen Staaten müssen sich vor dem Europäischen Parlament erklären. Dringlichkeitsmaßnahmen und ein Warnsystem vervollständigen das Paket. Eine Transaktionssteuer wurde zunächst außen vorgelassen... [Fortsetzung](#)

Eurogruppe



Am 7. November sind die 17 Finanzminister der Eurozone zusammengekommen, um über die unterschiedlichen Ansichten bezüglich einer Erhöhung des Stabilisierungsfonds zu diskutieren (EFSF), um diesen bis Ende des Jahres auf 1000 Milliarden Euro aufzustocken. Die endgültige Entscheidung soll am 29. November getroffen werden. Jean-Claude Juncker, Präsident der Eurogruppe, kündigte an, dass die Minister von den griechischen Entscheidungsträgern eine schriftliche Verpflichtung verlangen, dass diese die notwendigen Strukturreformen zur Herstellung eines ausgeglichenen Haushalts auf den Weg bringen werden. Die Umsetzung dieser Strukturreformen ist Voraussetzung für die Auszahlung der nächsten Kredittranche an Athen, die einen Umfang von 8 Milliarden Euro hat... [Fortsetzung](#)

Frankreich: Wachstumsprognose nach unten korrigiert



Die französische Regierung erwartet für kommendes Jahr ein Wachstum in Höhe von 1%. Nach Schätzungen der französischen Zentralbank (Banque de France), die am 9. November veröffentlicht wurden, wird es im vierten Quartal in Frankreich kein Wachstum geben. Der Wirtschaftsminister François Baroin und die Budgetministerin Valérie Pécresse versicherten, dass Frankreich seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen wird... [Fortsetzung](#)

Griechenland: Rezession und Rekordarbeitslosigkeit



Am 10. November teilte die griechische Statistikbehörde mit, dass die Arbeitslosigkeit im August 2011 ein Rekordniveau von 18,4% erreicht hat. Im August 2010 betrug die Arbeitslosenquote 12,2%. Zur Zeit sind 900 000 Griechen arbeitslos gemeldet... [Fortsetzung](#)

Herabstufung Ungarns



Die Ratingagentur Standard and Poor's (S&P) hat die Kreditwürdigkeit Ungarns (BBB-) "unter kritische Beobachtung mit negativer Tendenz" gestellt, wie die Agentur am 12. November mitteilte. "Aufgrund des steigenden Risikos, das die Finanzstabilität Ungarns bedroht, verursacht durch die Verschlechterung der Wirtschafts- und Finanzlage außerhalb, stellt die Agentur S&P die Bewertung der Kreditwürdigkeit Ungarns mit BBB- unter kritische Beobachtung mit negativer Tendenz, ebenso wie die Bewertung der kurzfristigen Anleihen (A-3)", wie die Ratingagentur bekannt gab... [Fortsetzung](#)

Verabschiedete Reformprojekte in Italien



Der italienische Senat und das Abgeordnetenhaus verabschiedeten nacheinander am 11. und 12. November einen Anti-Krisen-Plan, dessen maßgebliche Bestandteile die Einsparung öffentlicher Gelder, Reduzierung der Rentenausgaben, Liberalisierungen, Bürokratieabbau und Anreize zu mehr Beschäftigung sind. Die Reform des Arbeitsmarktes, die zu leichteren Entlassungen führen soll, ist nicht Bestandteil des Pakets und soll in einer weiteren Abstimmung nach Verhandlungen mit den Sozialpartnern beschlossen werden. Die einschneidenden Maßnahmen sollen zu einer Beruhigung der Märkte führen, die Schulden reduzieren und das Wachstum ankurbeln... [Fortsetzung](#)

Portugal: Sparplan



Die portugiesische Regierung will für 2012 einen Sparplan verabschieden, um den Vorgaben zur Finanzhilfe von EU und IWF nachzukommen. Der Premierminister Pedro Passos Coelho verteidigte in einer Rede vor dem portugiesischen Parlament zum Haushalt 2011 und 2012 die Sparmaßnahmen seiner Regierung, die auf einem "realistischen, ausgeglichenen und robusten" Haushalt basieren würden. Der Sparplan sieht zum Beispiel Kürzungen der Ausgaben für den öffentlichen Dienst vor... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

Herausforderungen Europas



Am 11. November äußerte sich der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy in einer Rede vor dem Europainstitut Florenz zu den Herausforderungen Europas. Er erklärte, dass für Europa "die Stunde der Wahrheit" geschlagen habe und dass es die aktuelle Krise durchstehen und überwinden müsse. Europa stehe zur Zeit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und der Besorgnis. Der Präsident des Europäischen Rates nannte 5 Herausforderungen: die Lösung des griechischen Schuldenproblems, eine Verhinderung der Ansteckung anderer Staaten, die Wiederherstellung des Vertrauens in den Bankensektor, ausgeglichene Haushalte in den Mitgliedsländern und eine Politik zur Unterstützung des Wachstums und der Beschäftigung... [Fortsetzung](#)

Europäisch-Schweizerisches Treffen



Der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy hat am 9. November die Präsidentin der Schweiz, Micheline Calmy-Rey, getroffen. Beide erklärten, dass sie die Beziehungen, die auch jetzt schon sehr eng sind, weiter vertiefen wollen. Sie besprachen die Wirtschafts- und Finanzlage, aktuelle Reformen der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik, wie auch Fragen der Außenpolitik. Beide beglückwünschten die Bildung demokratischer Strukturen in den südlichen Anrainerstaaten unter Bekräftigung ihres Willens zur Mitarbeit und zur Unterstützung. Herman Van Rompuy

dankte der Präsidentin der Schweiz unter anderem für ihre Mediationsbemühungen, die zu einer Einigung zwischen Russland und Georgien führten, die Voraussetzung für einen Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation ist... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Europäische Wirtschaftsprognosen Herbst 2011



Am 10. November veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Wirtschaftsprognose. Das Wachstum wird nach der Vorhersage sehr schwach ausfallen, um die 0,6% für 2012 und 1,5% für 2013 für die Union, für die Eurozone wird es auf 0,5% für 2012 geschätzt und auf 1,3% im Jahr 2013. Die Zahlen liegen niedriger als nach den Vorhersagen vom Frühjahr 2011, vor allem was die Prognose für 2012 betrifft, die nun um 2% auf 0,6% für die Union abgesenkt wurde, um 2% auf 0,8% für Deutschland und um 1,7% auf 0,6% für Frankreich. Mangelndes Vertrauen hat zu einem Rückgang der Investitionen geführt, ebenso wie beim Konsum, beides ausschlaggebende Faktoren für das Wachstum. Die Abkühlung der Weltwirtschaft hat zudem Auswirkungen auf den Export. Die Arbeitslosigkeit wird wohl stabil bleiben und bei 9,8% für 2012 liegen und bei 9,6% für 2013; die Inflation wird auf 2% geschätzt, womit sie im von der Europäischen Union vorgegebenen Rahmen gehalten wird... [Fortsetzung](#)

Gesundheit und Verbraucherschutz



Am 9. November hat die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur Verbesserung des Gesundheits- und Verbraucherschutzes für die Europäischen Bürger vorgestellt. Für beide Bereiche stehen von 2014 bis 2020 Mittel in Höhe von 446 und 197 Millionen Euro zur Verfügung. Die vorgesehenen Projekte sind begrenzt und sollen sich durch einen großen Mehrwert auszeichnen. Im Gesundheitsbereich sollen die Mittel überwiegend für den Kampf gegen Krebs und gegen seltene Krankheiten eingesetzt werden. Beim Verbraucherschutz möchte die Kommission in Kooperation mit den Mitgliedsländern darauf hinwirken, dass die bereits bestehenden Gesetze in allen Bereichen überprüft werden und auf eine bessere Einhaltung und Durchsetzung hingewirkt wird. Beide Vorhaben bauen auf vorherigen Programmen auf. Das Europäische Parlament und der Rat müssen die Vorschläge prüfen und bis Ende des Jahres 2013 verabschieden... [Fortsetzung](#)

Arbeitnehmerfreizügigkeit von Bulgaren und Rumänen



Am 11. November veröffentlichte die Europäische Kommission einen Bericht über die Auswirkungen der Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen. Aus dem Bericht geht hervor, dass die komplette Öffnung des Arbeitsmarktes überwiegend positive Auswirkungen hätte, da offene Stellen besetzt werden könnten, vor allem in den Bereichen Bauwirtschaft, Haushalt und Gastronomie. Langfristig sagt der Bericht ein Wachstum des europäischen BIP um 0,3% voraus. László Andor, der Europäische Kommissar für Beschäftigung und Soziales, betont die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus der Arbeitnehmerfreizügigkeit ergeben und drängt auf eine Abschaffung sämtlicher Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt. Für Arbeiter aus Bulgarien und Rumänien, die vor allem in Spanien und Italien arbeiten wollen, bleiben die Beschränkungen vorerst bestehen. Der Bericht dient dem Rat der Europäischen Union als Grundlage zur Entscheidung, ob die Maßnahmen beibehalten werden sollen oder nicht... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Haushalt 2012



Die Haushaltsabstimmungen für den Haushalt 2012 der Europäischen Union haben am 8. November begonnen. Zur Zeit liegen die Positionen des Rates und des Parlaments noch weit auseinander. Der Europäische Rat will die Ausweitung des Haushalts auf 2,02% begrenzen (weniger als die Inflationsrate), während das Parlament und die Europäische Kommission eine Ausweitung um 4,9% fordern. Der Parlamentspräsident Jerzy Buzek hofft auf einen Kompromiss. Alain Lamarousse, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Parlaments, ist der Ansicht, dass ein zu geringer Haushalt nicht alle notwendigen Ausgaben abdecken wird und dazu führen wird, dass es

später Korrekturen geben muss, wie in 2011. Andererseits begrenzen die aufgrund der Krise vorgegebenen Einschränkungen auf nationaler Ebene den Handlungsspielraum der Mitgliedsländer. Am 14. und 18. November wird es weitere Verhandlungen zwischen dem Parlament, der polnischen Ratspräsidentschaft und der Kommission geben. Der Abschluss der Verhandlungen ist für den 21. November vorgesehen... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Frauen in Libyen



Anlässlich der Eröffnung der neuen Vertretung der Europäischen Union in Libyen traf die Hohe Vertreterin Catherine Ashton mit libyschen Frauen zusammen. Sie sprach auf dem Forum für Frauenrechte in Tripolis am 12. November. In ihrer Rede sagte Catherine Ashton den libyschen Frauen Hilfe zu, sie versicherte, dass sie sich ihrer Anliegen annehmen wird und dass ihr die Bedeutung der Frauen beim Aufbau der neuen Demokratie bewusst sei. Sie nannte verschiedene Prioritäten, wie die Wiederherstellung von Sicherheit, Bildung, Aufbau eines Rechtsstaats und freie demokratische Wahlen, die alle die Mitarbeit und Unterstützung der Frauen erforderten. Catherine Ashton forderte die Frauen auf, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen und sich nicht "ins Haus zurückzuziehen"... [Fortsetzung](#)

EU-Rechnungshof :

Jahresbericht



Der europäische Rechnungshof hat am 10. November seinen jährlichen Bericht über die Ausgaben 2010 veröffentlicht. Der Rechnungshof bewertet die Ausgaben der Europäischen Union überwiegend als korrekt, jedoch weisen manche Ausgaben "ein erhöhtes Fehlerniveau" auf. Der Rechnungshof schätzt, dass sich die fehlerhaften Zahlungen der Union, die nicht den Regeln entsprechen, auf 3,7% der Gesamtausgaben der Union belaufen (insgesamt 122,2 Milliarden Euro). Dies bedeutet eine geringe Erhöhung im Vergleich zu 2009. Die am meisten betroffenen Bereiche sind Kohäsion, Energie und Verkehr, mit einer Fehlerquote von 7,7%. In den Bereichen Landwirtschaft und natürliche Ressourcen beläuft sich die Fehlerquote auf 2,3%. Um die Ausgabenpolitik der Union zu verbessern, rät der Präsident des Europäischen Rechnungshofes Vitor Caldeira dazu, "die gesetzlichen Grundlagen zu reformieren wie auch das Kontrollsystem"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Deutschland :

Angela Merkel verspricht für 2013 Steuersenkungen in Höhe von 6 Milliarden Euro



Am 6. November kündigte die Bundeskanzlerin Angela Merkel Steuersenkungen für 2013 in einer Höhe von 6 Milliarden Euro an. Der Grundfreibetrag soll angehoben werden, um niedrige Einkommen zu entlasten. Der Steuertarif wird überprüft und die sogenannte "kalte Progression" angegangen. Das Verkehrsministerium wird 1 Milliarde Euro zusätzlich für den Straßenbau erhalten. CDU/CSU und FDP einigten sich zudem auf eine Reform der Pflegeversicherung und auf die Auszahlung eines Betreuungsgeldes für Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Krippe geben; dies war von der CSU gefordert worden. Die angekündigten Maßnahmen müssen vom Bundestag und vom Bundesrat genehmigt werden. Im Bundesrat, der Länderkammer, hat die Regierungskoalition jedoch keine Mehrheit und die Oppositionsparteien haben sich bereits gegen Steuersenkungen ausgesprochen... [Fortsetzung](#)

Einweihung der Nord Stream Pipeline



Am 8. November wurde in Deutschland die Nord Stream Pipeline feierlich eröffnet, die Russland und Europa mit einer direkten Gasleitung, die durch die Ostsee verläuft, verbindet. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel, der russische Präsident Dmitri Medwedew, die Premierminister Frankreichs und der Niederlande François Fillon und Mark Rutte, wie auch der Europäische Kommissar für Energie Günther Oettinger öffneten symbolisch die Pipeline, im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in Lubmin, im Nordosten Deutschlands. Die Gasleitung misst 1200 km, nach ihrer Erweiterung um eine zweite Leitung bis Ende des Jahres 2012 wird sie ausreichend Gas für 26

Millionen Haushalte liefern. Die Kosten des Projekts in Höhe von 7,4 Milliarden Euro übernahm das Betreiberkonsortium bestehend aus dem russischen Gasriesen Gazprom, an dem BASF und E.ON beteiligt sind, die niederländische Firma Gasunie und die französische GDF Suez... [Fortsetzung](#)

Deutschland kauft Anteile von EADS



Am 9. November teilte die Bundesregierung ihren Entschluss mit, in der 2. Jahreshälfte 2012 7,5% der Anteile des Luft- und Raumfahrtunternehmens EADS zu übernehmen, die der Autohersteller Daimler veräußern will. Daimler verpflichtet sich, bis Ende 2013 seine übrigen Anteile in Höhe von 7,5% zu behalten. Die Entscheidung erfolgt entsprechend einer Übereinkunft zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium und dem Kanzleramt und setzt einen Schlusspunkt unter die vergeblichen Bemühungen Berlins, einen privaten Investor zu finden, der die Anteile von Daimler, für die eine Beteiligung an EADS nicht mehr in die Unternehmensstrategie passt, übernehmen will. "Das Ziel ist keine langfristige Beteiligung", wie Wirtschaftsminister Rösler erklärte. Die Anteile haben einen aktuellen Börsenwert von 1,2 bis 1,3 Milliarden Euro... [Fortsetzung](#)

Bundesverfassungsgericht kippt 5%-Klausel



In einem Urteil vom 9. November 2011 stellte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe fest, dass die 5%-Klausel bei den Europawahlen gegen die Chancengleichheit und gegen die Gleichbehandlung der politischen Parteien im Rahmen der Wahl verstoßen würde. Das Bundesverfassungsgericht stellte somit fest, dass die 5%-Klausel bei den Europawahlen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Die Ergebnisse der Europawahlen von 2009 wurden dennoch nicht für ungültig erklärt. Die Richter stellten fest, dass das Legislativsystem des europäischen Parlaments nicht mit dem eines Nationalstaates vergleichbar sei. Im europäischen Parlament müsse keine stabile Mehrheit eine Koalition bilden, der eine Opposition gegenübersteht... [Fortsetzung](#)

Österreich :

Vereinbarung zwischen der Österreichischen und der Chinesischen Zentralbank



Die Österreichische Nationalbank (OeNB) hat am 10. November in Peking ein Abkommen mit der Chinesischen Zentralbank unterzeichnet (People's Bank of China); die Unterzeichnung erfolgte durch den jeweiligen Vorsitzenden der Zentralbanken Ewald Nowotny und Xiaochuan Zhoudevenant. "Es handelt sich um das erste Abkommen zwischen der People's Bank of China und einer nicht-asiatischen Bank", wie die OeNB mitteilte, die somit die erste nicht-asiatische Bank ist, die Anlagen in der chinesischen Währung Renminbi tätigen kann. Der Yuan Renminbi ("die Volkswährung") wurde 1949 von dem neuen kommunistischen Regime als chinesische Währung eingeführt... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Neue Regierung der nationalen Einheit



Nach dem Rücktritt Georges Papandreous wurde der ehemalige Vizepräsident der Europäischen Zentralbank, Lukas Papademos, am 11. November zum Premierminister ernannt. Seine Regierung besteht aus der Sozialistischen Partei "Pasok" und der größten Oppositionspartei, der konservativen "Nea Demokratia" und der rechten Partei "Laos". Der Posten des Finanzministers wird nach wie vor von Evángelos Venizélos (Pasok) besetzt. Der ehemalige Europäische Umweltkommissar Stavros Dimas (Nea Demokratia) ist neuer Außenminister. Die einzige Ministerin im Kabinett ist Anne Diamantopolou (Pasok), die Ministerin für Bildung und Kultur ist. Der neue Premierminister Papademos wird am 14. November eine Rede halten, nach der es eine Parlamentsdebatte geben wird, bevor voraussichtlich am 16. November eine Vertrauensabstimmung stattfinden wird... [Fortsetzung](#)

Irland :

Neuer Präsident leistet Amtseid



Der neue Präsident Irlands, Michael D. Higgins, kündigte im Rahmen der Zeremonie am 11. November in Dublin zur Ableistung seines Amtseids eine Wiederherstellung der Wirtschaft seines Landes an und seinen Einsatz "für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen". "Ich werde der 9. Präsident mit einem Gefühl der Demut und einem Vertrauen in unser Volk (...), nicht nur dahingehend, dass die aktuellen Schwierigkeiten überwunden werden können, sondern auch in die fantastischen Möglichkeiten, die sich uns in den kommenden Jahren bieten werden", erklärte Higgins, 70 Jahre alter Soziologe und Poet, der am 27. Oktober gewählt wurde. "Ich bin mir der Schwierigkeiten bewusst (...), die überwunden werden müssen, um das Kapitel zu schließen, das unsere Wirtschaft anfällig gemacht hat, aber vor allem unsere Gesellschaft zerstört hat mit einer inakzeptabel hohen Arbeitslosigkeit, zu hohen Krediten, Entwertung der Immobilien", fügte er in seiner Rede hinzu, in deren Mittelpunkt die wirtschaftlichen Probleme standen. Irland muss schmerzhaft Einsparungen umsetzen in einem Gesamtvolumen von 85 Milliarden Euro... [Fortsetzung](#)

Italien :

Mario Monti mit neuer Regierungsbildung beauftragt



Am 12. November hat der Präsident des Italienischen Rates Silvio Berlusconi den italienischen Präsidenten Giorgio Napolitano um seine Entlassung gebeten. Der ehemalige europäische Kommissar Mario Monti, der am 13. November mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt wurde, zeigte sich überzeugt, dass Italien "die Krise überstehen" kann "in einer gemeinsamen Anstrengung", und dass das Land innerhalb der Europäischen Union wieder eine Größe werden könne. Nach der italienischen Verfassung muss Mario Monti nun eine Regierung bilden und innerhalb von 10 Tagen das Vertrauen der zwei Parlamentskammern gewinnen, bevor er offiziell sein Amt übernimmt. In der Zwischenzeit muss Silvio Berlusconi die laufenden Geschäfte weiter führen... [Fortsetzung](#)

Polen :

Donald Tusk erneut Regierungschef



Am 8. November ist Donald Tusk, der bereits seit 2007 polnischer Premierminister ist und der am 9. Oktober 2011 die Wahlen gewonnen hat, erneut zum Regierungschef Polens ernannt worden. Er muss nun ein neues Kabinett bilden. Die Wiederwahl der Regierungskoalition von Donald Tusk ist einmalig in der Geschichte Polens. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte niemals eine Regierung in Polen ein zweites Mandat erhalten... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

FMI/Kommission



Am 7. November äußerte sich eine Expertengruppe mit Fachleuten des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission - anlässlich des Abschlusses eines Besuchs in Rumänien - zu den Wirtschaftsaussichten des Landes und korrigierte die vorherigen Schätzungen. Trotz umsichtigen politischen Handelns im Wirtschaftsbereich wird das Wachstum 2011 und 2012 nur sehr gering ausfallen. Für 2011 wird die Steigerung des BIP 1,5% betragen. 2012 wird die Steigerung des BIP - abhängig von der Binnennachfrage und einer effizienten Nutzung der Europäischen Gelder (ungefähr 20 Milliarden Euro bis 2013) - zwischen 1,75% und 2,25% betragen, und damit nur halb so groß ausfallen wie zunächst vorhergesagt. Rumänien will sein Haushaltsdefizit weiter reduzieren von 4,4% des BIP im Jahr 2011 auf 1,9% des BIP im Jahr 2012. Die Fachleute von IWF und Europäischer Kommission ermutigten die Rumänischen Verantwortlichen, notwendige Reformen im Bereich der öffentlichen Unternehmen umzusetzen, um positive Auswirkungen auf die rumänische Wirtschaft zu erreichen... [Fortsetzung](#)

Balkan :

Konferenz zur Situation der Flüchtlinge



Am 7. November fand eine Ministerkonferenz in Belgrad statt, auf der die Situation der Balkanflüchtlinge besprochen wurde. In einer gemeinsamen Erklärung stellten die Außenminister der vier teilnehmenden Länder (Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro) fest, dass die Situation der Flüchtlinge unbedingt geklärt werden muss, um in der Region weiterhin die Stabilität zu gewährleisten. Der Erklärung wurde ein auf mehrere Jahre angelegtes Arbeitsprogramm für verschiedene Regionen angefügt, das die Situation der Flüchtlinge verbessern soll. Der europäische Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik, Štefan Füle, der an der Konferenz teilnahm, kündigte an, dass die Europäische Union beabsichtige, mindestens die Hälfte der notwendigen Mittel (580 Millionen Euro) zur Umsetzung des Programms durch Zahlungen der Mitgliedsländer der Europäischen Union bereitzustellen... [Fortsetzung](#)

Russland :

WTO



Ein großes Hindernis für den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) besteht nicht mehr. Am 9. November unterzeichneten Russland und Georgien im Stammsitz der WTO in Genf einen Kompromiss. Dieser beinhaltet eine Einigung über Grenzkontrollen zwischen Georgien und den separatistischen Gebieten Südossetien und Abkhazien, deren Unabhängigkeit von Russland anerkannt wurde. Durch die Unterzeichnung des Kompromisses blockiert Georgien nicht länger den Beitritt Russlands zur WTO. Der Beitritt soll auf einer Ministerkonferenz Mitte Dezember beschlossen werden. Ein erster Schritt zum Beitritt wurde am 10. November vollzogen: Die Arbeitsgruppe zum Beitritt Russlands stimmte an diesem Tag den Texten zu, die die Beitrittsbedingungen für Russland festlegen... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Entscheidung bezüglich Frankreich und der Romaausweisung



Am 9. November diskutierte der Ausschuss der Minister des Europäischen Rates über die Ausweisung der Roma durch Frankreich im Sommer 2010. Grundlage der Diskussion war der Bericht des europäischen Sozialrechtsausschusses. Die Autoren des Berichts kommen zu dem Schluss, dass die massenweise Ausweisung rumänischer und bulgarischer Staatsbürger eine Verletzung der europäischen Sozialcharta darstellt. Frankreich soll auf Aufforderung des Ministerausschusses dazu Stellung nehmen, welche Maßnahmen es ergreifen will, um auf diese Verletzungen des internationalen Rechts zu reagieren... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Landwirtschaft/Fischerei



Am 9. November veröffentlichte Eurostat den Statistikbericht für Landwirtschaft und Fischerei für die Jahre 2009/2010, der die Produktion der Europäischen Union in den Bereichen Getreide, Milch, Fleisch und Fisch abbildet. Die Hälfte der Getreideproduktion stammt aus drei Ländern: aus Frankreich (23%), Deutschland (16%) und Polen (10%). Die Hauptmilchproduzenten sind Großbritannien (22%), Deutschland (17%) und Frankreich (12%). Bei der Käseproduktion übertrifft Deutschland (23%) Frankreich (21%). Deutschland ist auch führend in der Fleischproduktion (25%), gefolgt von Spanien (15%), Frankreich (9%), Polen und Dänemark (jeweils 8%). Die Spitzenreiter im Fischfang sind Spanien (16%) und Dänemark (13%), gefolgt von Frankreich und Großbritannien (jeweils 12%)... [Fortsetzung](#)

Teilzeitbeschäftigung



Nach einer aktuellen Veröffentlichung von Eurostat vom 10. November gab es im Jahr 2010 41,3 Millionen Teilzeitbeschäftigte in der Europäischen Union, von denen 21% gerne mehr arbeiten würden. Diese Unterbeschäftigung ist vor allem in folgenden Ländern verbreitet: Lettland (65%), Griechenland (49%), Spanien (46%), Bulgarien (39%) und Slowakei (38%).

In den Ländern, in denen Teilzeitarbeit sehr verbreitet ist, war der Wunsch nach einer höheren Arbeitszeit nicht so ausgeprägt: Niederlande (3%), Belgien (4%), Tschechien und Luxemburg (jeweils 10%). Dreiviertel aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments



Das finnländische Institut für internationale Angelegenheiten hat eine Studie zum Europäischen Parlament veröffentlicht mit dem Titel "The empowered European Parliament: accommodation to the new functions provided by the Lisbon Treaty". Der Autor analysiert den Kompetenzzuwachs des Europäischen Parlaments, seit der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist. Die neuen Kompetenzen liegen in erweiterter Gesetzgebungsmöglichkeiten und in einem größeren Einfluss auf die europäische Entscheidungsfindung... [Fortsetzung](#)

Verteidigung/Weimar



Das Institut für Internationale Beziehungen und Strategische Fragen (L'Institut des Relations Internationales et stratégiques (IRIS)) hat in Zusammenarbeit mit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und dem polnischen Institut für Internationale Beziehungen (PISM) eine Studie veröffentlicht, die Möglichkeiten der militärischen Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks erörtert. Die Studie ist unter dem Titel "Weimar Defence Cooperation. Projects to Respond to the European Imperative" erschienen. Die Autoren analysieren drei konkrete Projekte mit kurzfristiger, mittel- und langfristiger Perspektive. Nach Meinung der Autoren ist eine Zusammenarbeit in militärischen Fragen im Rahmen des Weimarer Dreiecks interessant, da die Kosten gesenkt werden können und die Möglichkeit besteht, zum Herz der europäischen Militärkooperation zu werden... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Museum des 1. Weltkriegs (1914-1918)



Am 11. November eröffnete der französische Präsident Nicolas Sarkozy, unter Anwesenheit des Staatssekretärs des Verteidigungsministeriums, das Museum des 1. Weltkriegs in Meaux (Musée de la Grande Guerre). Dieses neue Museum zeigt die Umwälzungen und Veränderungen der Gesellschaft im Laufe des 1. Weltkriegs. Gezeigt werden eine der wichtigsten Sammlungen an Objekten und Dokumenten aus dieser Zeit: "Ein außergewöhnliches Kulturgut, das an die neue Generation weiter gegeben werden muss"... [Fortsetzung](#)

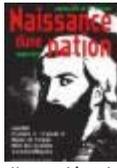
Ausstellung in der Neuen Nationalgalerie



Nach der Ausstellung "Moderne Zeiten. Die Sammlung 1900-1945" widmet sich die Neue Nationalgalerie in Berlin nunmehr der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts und zeigt ab dem 11. November eine neue Ausstellung mit dem Titel "Der geteilte Himmel - 1945-1968". Diese Zeitspanne ist von turbulenten Ereignissen markiert (Mauerbau, Vietnamkrieg, Kennedyjahre, Mao...). Die Kunst aus dieser Zeit ist geprägt vom Kalten Krieg; Ost und West entwickeln sich in gegenteilige Richtungen: Bildliche Darstellung und abstrakte Darstellung. Die Ausstellung zeigt die Kontraste zwischen den Werken von einerseits Ernst Wilhelm Nay, Willi Baumeister, Fritz Cremer, Werner Tübke und Asger Jorn und andererseits Picasso, Bacon, Dubuffet, Rauschenberg, Warhol oder Beuys. Die Ausstellung ist bis März 2013 zu sehen... [Fortsetzung](#)

Napoleon III. und Italien

Bis zum 15. Januar 2012 präsentiert das Musée de l'Armée in Paris eine Ausstellung zur Staatsgründung Italiens, anlässlich des 150. Jahrestages des Ereignisses. Die Ausstellung zeigt die Verbindungen zwischen Italien und Frankreich zwischen 1848 und 1870 und stellt die Rolle Napoleons III. in dieser für Europa bedeutenden Zeitstufe dar. Es



werden über 260 französische und italienische Ausstellungsstücke präsentiert... [Fortsetzung](#)

Festival/Klausenburg



Das Festival "Temps d'Images", das zeitgenössischen Tanz, Multimediapräsentationen und Theater vereint, wird bis zum 20. November in Klausenburg (Cluj) in Transsilvanien stattfinden und wird dort insbesondere die deutsche Choreographin Pina Bausch ehren, die 2009 gestorben ist. Bei der diesjährigen vierten Ausgabe des Festivals wird Robert Sturm, Kunstdirektor der Pina Bausch Gruppe, eine herausragende Multimediapräsentation über die Arbeit der Choreographin zeigen mit Videos und zum Teil unveröffentlichten Fotos. Das Festival zeigt darüber hinaus ein Panorama an zeitgenössischer rumänischer Kunst... [Fortsetzung](#)

Photographien/Sofia



Das Institut Français in Bulgarien und die Stiftung Easyart organisieren zum 1. Mal in Sofia eine Veranstaltungsreihe im Rahmen des Monats der Europäischen Photographie, die während des gesamten Monats November stattfinden wird. Diese Reihe, die vor 30 Jahren in Paris ins Leben gerufen wurde, findet mittlerweile in den meisten europäischen Hauptstädten statt. Traditionell ist alle zwei Jahre der November der "europäische Monat der Photographie". Jede Veranstaltungsreihe bietet die Gelegenheit, eine große Anzahl an Ausstellungen zu zeigen, Vorführungen zu organisieren und zu Treffen einzuladen, ebenso wie zu Konferenzen und Debatten... [Fortsetzung](#)

Agenda :



14. November
Brüssel
Ratssitzung "Auswärtige Angelegenheiten"



14. und 15. November
Brüssel
Ratssitzung "Landwirtschaft und Fischerei"



14. und 17. November
Straßburg
Sitzungswoche des Europäischen Parlaments



15. November
Brüssel
Ratssitzung "Allgemeine Angelegenheiten"

Brüssel
Seminar "Europa der Sicherheit und des Rechts"



17. November
Frankfurt am Main
Sitzung des EZB-Rates



18. November
Brüssel

18
Nov

Ratssitzung "Haushalt"

19
Nov

19. November
Paris, Sorbonne
2. Think Tank - Forum

Paris, Collège des Bernardins
Christen und Europa

20
Nov

20. November
Parlamentswahlen in Spanien

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis-Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;
Katrin Gebhard, Venise Ollivier, Jennifer Ruther, Julian Schorpp, Jan Wilker

Chefredakteur : Pauline Massis-Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}